

Hochschuldemokratie – eine Farce

Scheinbar geht es an deutschen Hochschulen total demokratisch zu – einige, wie der Präsident der Humboldt-Universität – meinen sogar viel zu demokratisch. Ein fast unüberschaubarer Wust aus Kuratorium, Senat, Präsidium, Konzil, LSK, EPK, FNK, Instituts- und Fakultätsräten scheint dieser Ansicht erst einmal Recht zu geben. Aber Demokratie bemisst sich nun mal nicht in der Anzahl oder der Größe von Gremien, sondern daran inwiefern jedeR einzelne das Umfeld in dem er oder sie lebt, arbeitet oder studiert selbst mitgestalten kann. Dazu gehört, dass Entscheidungen vor allem von den Menschen getroffen werden, die letztlich auch von deren Auswirkungen betroffen sein werden. Legt man diese Maßstab an, so ist es mit Demokratie an den Hochschulen nicht allzuweit her.

Was ist das Problem? In den Hochschulgremien verfügen die ProfessorInnen als kleinste Gruppe über eine absolute Mehrheit der Stimmen, während sich wissenschaftliche MitarbeiterInnen, sonstige MitarbeiterInnen und auch die Studierenden als größte Gruppen mit jeweils einem Sechstel der Stimmen begnügen müssen. Daher können die ProfessorInnen jede Entscheidung allein gegen alle anderen Mitglieder der Universität durchsetzen. Sie sind dafür wiederum nur den anderen ProfessorInnen der Hochschule Rechenschaft schuldig, denn nur von diesen werden sie gewählt. Auf welchen herausragenden Befähigungen diese Privilegierung der ProfessorInnenschaft innerhalb der Hochschule beruhen soll, und was die ProfessorInnen mit ihrer absoluten Mehrheit in den Gremien überhaupt dazu bewegen soll auch die Interessen der anderen Universitätsmitglieder zu berücksichtigen, ist völlig unklar.

Ein paar Beispiel. In letzter Zeit wurden verschiedene Entscheidungen an der HU mit der professoralen Mehrheit gegen die Stimmen der Studierenden durchgedrückt: Die lehrfeindliche Strukturplanung der Universitätsleitung wurde zur Grundlage beim weiteren Entscheidungsweg gemacht. Anwesenheitspflichten für Vorlesungen wurden eingeführt – Hinweise auf Probleme bei Überschneidung von Lehrveranstaltungen wurden ebenso abgewiegelt (»so etwas gibt es nicht an der HU«), wie die Bemerkung, dass es durchaus Vorlesungen gibt deren miese Qualität Heimarbeit effektiver erscheinen lassen. Es muss den Studierenden schon überlassen werden zu entscheiden wie sie am effektivsten Lernen. Die Ergebnisse zeigen sich schließlich noch früh genug. Bachelor und Masterstudiengänge wurden gegen den erklärten Willen der Studierenden der entsprechenden Studiengänge eingeführt. Sie hielten diese Studienabschlüsse für ungeeignet für ihr Fach.

Welche Alternativen gibt es? Viel gewonnen wäre bereits, wenn sämtliche Gremien viertelpartitatisch bestz wären, das heißt jede Statusgruppe erhält ein Viertel der Sitze. Damit wäre wenigstens ein Anfang für einen Interessenausgleich in der Hochschule gemacht. Allerdings muss beachtet werden, dass etwa bei den wissenschaftliche MitarbeiterInnen aufgrund einer extremen Hierarchie und Abhängigkeit von ihren ProfessorInnen eine echte unabhängige Interessenvertretung garnicht möglich ist. Deises Beispiel zeigt, dass eine Demokratisierung der Hochschulen nicht in der Aufteilung von Stimmen und Konstruktion von Gremien erschöpfen darf, sondern die gesamte Struktur der Universität mit ihrem krassen Abhängigkeitsverhältnis zwischen Profs und MitarbeiterInnen reformieren muss. Im Idealfall treten sich die Mitglieder der Universität unabhängig von ihrer Funktion als gleichberechtigt gegenüber in den Gremien ebenso wie im täglichen Umgang. Ein erster Schritt dahin wäre ein Kreuzwahlmodell, bei dem die VerteterInnen der verschiedenen Gruppen von allen Hochschulmitgliedern gleichberechtigt gewählt werden. Eine ProfessorIn die auch von Studierenden wiedergewählt werden muss wird auch eher deren Bedürfnisse und Interessen berücksichtigen.